UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES
JUN 11 1936
LIBRARY

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Ges. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 14. Mai	Nr. 632

Minister Dr. Gürtner beim Deutschen Juristentag 1936.

Berlin, 14. Mai. Wie wir erfahren, wird zu dem morgen beginnenden Deutschen Juristentag 1936 in Leipzig auch Reichsjustizminister Dr. Gürtner mit den Staatssekretären Dr. Schlegelberger und Dr. Freisler teilnehmen. Das Reichsjustizministerium hat außerdem sämtliche Abteilungsleiter sowie eine große Anzahl von Referenten zu dem Juristentag entsandt. Es bringt damit die kameradschaftliche Verbundenheit der Reichsjustizverwaltung mit den im NSDStB zusammengeschlossenen Rechtswahrern aller Berufsgruppen sinnfällig zum Ausdruck.

Besuch des norwegischen Außenministers in Berlin.

Berlin, 14. Mai. Der Königlich Norwegische Außenminister Professor Koht ist am Mittwoch abend in Berlin eingetroffen und hat am Donnerstag vormittag in Begleitung des Königlich Norwegischen Gesandten Scheel dem Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet.

Der Norwegische Außenminister hat am Donnerstag um 14 Uhr im Flugzeug vom Flughafen Tempelhof aus Berlin wieder verlassen. Zu seiner Verabschiedung war der Chef des Protokolls Gesandter von Bülow-Schwante auf dem Flughafen erschienen.

Aus der Berliner Diplomatie.

Berlin, 14. Mai. Der Gesandte der Union von Südafrika Dr. S. F. N. Gie ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen.

Weitere Umbesetzungen an führenden Stellen in Wien.

Wien, 14. Mai. Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, Oberst Adam, hat dieses Amt niedergelegt. Er bleibt jedoch weiterhin Bundeskommissar für den Heimatdienst. Sein Nachfolger in der Führung des Generalsekretariats der Vaterländischen Front wird der neuernannte Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Zernatto.

Der noch offene Posten eines Landwirtschaftsministers soll, wie verlautet, noch am Donnerstag mit einem Vertreter der oberösterreichischen Bauernschaft besetzt werden. Es dürfte dies der Landwirt Florian Födermayer sein, der bereits in den Regierungen Streeruwitz und Schober III Landwirtschaftsminister war. Der Posten eines Staatssekretärs für Arbeiterschutz wird vorläufig nicht neu besetzt. Die Frage der obersten Leitung der Miliz, die durch das Ausscheiden Starhembergs aus dem Kabinett gleichfalls verwaist geworden ist, soll erst in einigen Tagen entschieden werden.

Die Wiener Abendzeitungen nehmen jetzt ausführlich zu der Kabinettsumbildung Stellung, ohne daß jedoch irgendwelche neue Gesichtspunkte, die über die amtliche Verlautbarung hinausgingen, vorgebracht würden. Als wichtigster Grund für die Neubildung des Kabinetts wird die notwendige straffere Zusammenfassung und Sammlung aller aufbauwilligen Elemente angegeben.

Die Zwischenfälle in einem belgischen Truppenlager.

Brüssel, 14. Mai. Der Standard, das führende Blatt des flämischen Flügels der katholischen Partei, bestätigt die am Mittwoch bereits von anderer Seite gebrachte Meldung über Zwischenfälle in dem Truppenlager von Beverloo, zu denen es dort anläßlich der Dienstzeitverlängerung gekommen sei.

Das Blatt berichtet, daß Soldaten von zwei Kompanien des 14. Wallonischen Linienregiments sich geweigert hätten, aus den Blockhäusern herauszukommen, um in Reih und Glied anzutreten. Ein flämischer Unteroffizier sei degradiert worden.

Das Ministerium für Landesverteidigung bestreitet nicht, daß es in Beverloo zu Zwischenfällen gekommen sei. Man erklärt jedoch, die hierüber umlaufenden Gerüchte für stark übertrieben. Trotzdem hält sich die Anschauung aufrecht, daß die Zwischenfälle einen ernsteren Charakter hätten, als zugegeben werde.

Die große Rede Baldwins.

London, 14. Mai. Auf einer Massenversammlung der Frauengruppe der konservativen Partei in der Londoner Albert Hall hielt Ministerpräsident Baldwin am Donnerstag nachmittag eine Rede, in der er die Grundsätze seiner Außenpolitik erläuterte.

Die Fragen, so begann Baldwin, denen man sich heute gegenüberstelle, seien entweder solche mit beunruhigender Schnelligkeit. Man habe Mühe, sich über die Geschehnisse auf dem Laufenden zu halten. In den letzten paar Monaten habe man viel klarer die Bedeutung des Völkerbundes, und, was seine Mitgliedschaft mit sich bringe, zu würdigen verstanden.

Baldwin zitierte die einleitenden Sätze der Völkerbundssatzung, in denen sich die vertragschließenden Parteien bereit erklären, die internationale Zusammenarbeit zu fördern und den internationalen Frieden und die Sicherheit herbeizuführen durch die Annahme der Verpflichtung, nicht zu den Waffen zu greifen, durch gerechte und ehrenhafte Beziehungen zwischen den Nationen, durch die Schaffung einer festen und internationalen Rechtsordnung, durch die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit und durch gewissenhafte Achtung aller Vertragsverpflichtungen.

Diese Aufgaben, so fuhr Baldwin fort, seien immer noch das Ziel der englischen Außenpolitik. Wenn Europa erhalten werden solle, dann müsse dies das Ziel der Außenpolitik aller Nationen sein. Niemand könne dies bezweifeln. Aber die beste praktische Methode zur Erreichung dieses Zieles, über das sich alle einig seien, gingen die Ansichten auseinander.

Zum Bedauern Englands seien die Vereinigten Staaten nicht ein Mitgliedstaat des Völkerbundes und in den letzten Jahren seien zwei Großmächte, nämlich Deutschland und Japan, ausgetreten. Selbst wenn man nur die wirtschaftlichen Sühnemaßnahmen erwäge — wie könnten sie schnell wirksam werden, wenn drei Länder abseits ständen? Er möchte an dieser Stelle sagen, daß wahrscheinlich auf der Herbsttagung des Völkerbundes die Mitgliedstaaten etwaige Aenderungen im Völkerbund erwägen müßten. Er hoffe, daß jede Aenderung, die geeignet sein könne, die außerhalb des Völkerbundes stehenden Nationen zum Eintritt zu bewegen, aufrichtig erwogen werde in dem Wunsch, den Völkerbund endlich zu dem zu machen, was er — wie man gehofft habe — von Anbeginn hätte sein sollen, nämlich ein universaler Völkerbund.

Er habe stets erklärt, daß der berühmte Artikel 16 — der Sanktionsartikel — ein neuer Weg für England und andere Staaten sei. Es sei ein Experiment der internationalen Politik. Niemals habe er die Ansicht vertreten, daß ein Fehlschlag in Verbindung mit diesem neuen Experiment das Ende des Völkerbundsystems bedeute. Keineswegs! Aus dem Fehlschlag eines ersten Versuchs dürfe nicht gefolgert werden, daß die gesamte Maschinerie eingeschrottet werden müsse. Wenn man feststelle, daß ein Instrument nicht die beabsichtigte Wirkung erziele, dürfe man nicht ohne weiteres annehmen, daß das Ziel nicht erreicht werden könne.

Es bedeute lediglich, daß sich alle, die sich des Instruments bedient hätten, zusammensetzen müßten, um das Instrument zu ändern, zu stärken, zu erweitern.

Er sei nicht gewillt, die Schuld für die Ereignisse zu übernehmen. Es sei bekannt, daß England mehr als ein anderer getan habe. England habe lediglich aus dem Vertrag heraus gehandelt, seine Verpflichtungen unter den Völkerbundssatzungen zu erfüllen. Alle diese Bemühungen hätten den Krieg nicht verhindern können. England und andere Nationen würden die nächsten zwei oder drei Monate mit angestrengtestem Nachdenken verbringen müssen. Närrisch wäre, hierbei die kürzlich gemachten Erfahrungen zu übersehen.

Welches seien die Ziele gewesen, an die alle gedacht hätten? Da er vor einer britischen Hörerschaft spreche, wolle er die Frage stellen, ob er dafür verantwortlich gemacht werden könne, wenn er sich das erste Ziel, die Sicherheit des eigenen Landes und des Reiches gesetzt habe. (Beifall.) Hiernach komme der Friede Europas und der Friede der Welt. Aber die kürzlichen Erfahrungen hätten klar gezeigt, daß England hinsichtlich dieser Ziele nichts wirken könne, solange es nicht Schritte getan habe, die Sicherheit seines Landes, seines Volkes und des Reiches zu gewährleisten. Deshalb habe die Regierung beschlossen, die Mängel in der Verteidigung abzustellen.

Die Sühnemaßnahmen würden wahrscheinlich nicht zum Erfolge führen, solange nicht die in Frage kommenden Länder gewillt seien, das Risiko eines Krieges einzugehen. Tatsächlich seien militärische Sühnemaßnahmen ein westentlicher Bestandteil der kollektiven Sicherheit und auf längere Sicht gesehen — und bei Gelegenheit vielleicht auch auf kürzere Sicht — könnten sie nicht vermieden werden.

Eine der Fragen, die geprüft werden müssen, sei die Durchführbarkeit automatischer Sanktionen. Das bedeute Vorkehrungen in den Völkerbundssatzungen, wonach für den Fall einer Feststellung des Völkerbundes, daß eine Angriffshandlung vorliege, alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes automatisch zur Anwendung der Sanktionen aufgerufen würden.

Baldwin erklärte, daß eine automatische Vorkehrung dieser Art notwendigerweise stets für eine Gruppe von Staaten eine Schwierigkeit schaffen werde, da jeder einzelne dieser Staaten an sich ein souveräner Staat sei und die Vertreter jedes Staates ihrer eigenen öffentlichen Meinung Rede und Antwort stehen müßten. Die Tatsache, daß der Grad, in dem die verschiedenen Staaten durch irgendeine besondere Aktion betroffen würden, sich in einer sehr weiten Spannung bewege, zeige, wie schwierig es sei, das notwendige Maß an Einigung hierüber herbeizuführen.

In der heutigen Zeit unterhielten sämtliche Staaten Beziehungen untereinander. Er halte viel von dem Einfluß der kollektiven Meinung der Staaten im Falle eines Angriffsaktes, wenn dieser Einfluß rechtzeitig ausgeübt werde.

Er wisse nicht, ob es noch Leute gebe, die an den Erfolg einer „Politik der Vereinsamung" glauben. Glaube wirklich irgendjemand ernsthaft, daß England gleichgültiger als Frankreich oder Deutschland in der Frage des Schicksals irgend eines seiner Nachbarn bleiben könne?

Das Problem, das jetzt in Angriff genommen werden müsse, sei die Prüfung der gesamten Frage der Sühnemaßnahmen und der kollektiven Sicherheit im Lichte der Ereignisse der Vergangenheit.

Die Schlüsse, zu denen man gelangen werde, würden für die Zukunft Europas vielleicht von größter Bedeutung sein. Seien die Nationen Europas, so fragte Baldwin, bereit, ihre Rolle bei der kollektiven Sicherheit zu spielen? Man könne an der kollektiven Sicherheit weder begrenzter noch stiller Teilhaber sein, noch sei die kollektive Sicherheit so zu verstehen, daß die gesamte Arbeit von der britischen Flotte getan werden müsse.

Sollte eine Möglichkeit bestehen, daß in naher Zukunft eine sozialistische Regierung ans Ruder gelange, so würde er entsetzt sein über die leichtfertige Art, in der einige Führer der Sozialisten vom Kriege sprächen.

England wolle, so schloß Baldwin, die kollektive Sicherheit erproben, und zwar soweit, wie ein gemeinsames Vorgehen möglich sei.

Internationales Frontkämpfertreffen in England.

London, 14. Mai. In Sandon Hall in der Grafschaft Staffordshire findet zur Zeit ein internationales Frontkämpfertreffen statt.

Zu diesem sind, wie Preß Association meldet, 50 Kriegsteilnehmer aus 13 verschiedenen Ländern, darunter auch aus Deutschland als Gäste des englischen Frontkämpferverbandes British Legion erschienen. Die ausländischen Vertreter wurden bei ihrer Ankunft in London von einer Ehrenwache der British Legion empfangen und von General Sir Ian Hamilton begrüßt.

Der Vorsitzende der British Legion, Major Feathers ton-Godley gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß derartige Frontkämpfertreffen dazu beitrügen, die Schwierigkeiten in der Welt zu beseitigen.

Ein englischer Heerführer aus dem Weltkrieg gestorben.

London, 14. Mai. Der englische Heerführer aus dem Weltkriege, Allenby, ist am Donnerstag nachmittag in London im Alter von 75 Jahren verstorben. Allenby ist besonders als Oberbefehlshaber der britischen Armee in Aegypten und Palästina bekannt geworden.

Die Königlich-Italienische Akademie huldigt dem König.

Rom, 14. Mai. Die Königlich-Italienische Akademie, die repräsentativste Einrichtung des geistigen Italiens, hielt am Donnerstag unter Vorsitz ihres Präsidenten Marconi eine außerordentliche Sitzung ab. In einer Entschließung wird dem König von Italien als siegreichen Herrscher in drei Kriegen der Dank ausgesprochen, Mussolini als der mächtige Schöpfer des neuen Imperiums begrüßt und den Kämpfern und Arbeitern in Ostafrika mit dem Ausdruck der Bewunderung gedankt.

Eine Abordnung der Akademie begab sich anschließend zum König. Präsident Marconi las ihm eine Ergebenheitsadresse vor, in der die Verdienste des Königs und seiner Vorfahren gerühmt werden. In der Ergebenheitsadresse heißt es:

„Euer Majestät haben in einer schicksalsschweren Stunde für Europa und die Welt der unfriedgierigen Ruhe das riesige, aber ruhm- und erfolgreiche Wagnis vorgezogen und die feierliche Intervention Italiens in dem größten Kriege der Weltgeschichte beschlossen. In der Revolution der Schwarzhemden und ihrer gottbegnadeten Führerin haben unser Euer Majestät sofort mit königlicher Weisheit die schicksalhafte Auferstehung des Römertums Italiens. Mit der Versöhnung mit dem Vatikan gaben Euer Majestät der italienischen Nation die Einheit des patriotischen und religiösen Gewissens des zweiter Römertums Italiens.

„Heute endlich halten Euer Majestät über die Meere hinaus, vom Mittelmeer bis zum freien Ozean das italienische Szepter des neuen Imperiums, das der Weitblick und die Kühnheit des politischen Genius, die römische Tapferkeit von Führer und Soldaten und der unbeugsame und unbesiegbare Geist der ganzen Nation im Namen Euer Majestät ganz und für immer erobert haben."

Kammer stimmt der Einverleibung Abessiniens zu.

Rom, 14. Mai. Die italienische Kammer ist am Donnerstag nachmittag um 4 Uhr zu einer feierlichen Sitzung zusammengetreten, in der die beiden Dekrete von Sonnabend nacht über Abessinien angenommen werden sollen. Sämtliche Abgeordnete waren in Schwarzhemdenuniform erschienen.

Unter großem Beifall des Hauses erschien wenige Minuten nach 4 Uhr Mussolini und verlas nach Eröffnung der Sitzung durch den Kammerpräsidenten Graf Giano das Dekret, durch das der italienische Souveränität über Abessinien und die Annahme des Titels eines Kaisers von Abessinien durch den König von Italien erklärt wird. Der Duce leitete das Dekret mit folgenden Worten ein:

„Der Wille des in seiner afrikanischen Unternehmung siegreichen Rom ist in den unwiderruflichen Beteuerungen ausgedrückt, die in der Nacht vom 9. Mai des Jahres 11 der Faschistische Großrat angenommen und alle Italiener durch ihren Schwur besiegelt haben. Weihen wir daher jetzt diesen feierlichen Entschluß des Faschistischen Großrates zu Staatsgesetzen."

Die Sitzung wurde sodann für kurze Zeit unterbrochen, um einem Parlamentsausschuß Gelegenheit zu geben, eine beschleunigte Prüfung der Gesetzesvorlage vorzunehmen.

Nach kurzer Pause ergriff der Berichterstatter dieses Unterausschusses das Wort, wobei er auf die Notwendigkeit hinwies, der Vorlage Gesetzeskraft zu verleihen. Er fand scharfe Worte gegen die Sanktionen und erklärte, daß Europa Rom weit mehr brauche als Rom Europa.

Mussolini legte sodann den zweiten Gesetzentwurf über die Einsetzung des Marschalls Badoglio als Vizekönig von Abessinien mit folgender kurzen Ansprache vor:

„Abessinien ist italienisch: Aus dieser de facto und de jure unwiderruflichen Lage ergibt der zweite Gesetzentwurf, unsere Regierungsmaßnahmen für die neue große Kolonie zu ergreifen. Der erste Generalgouverneur mit dem Titel des Vizekönigs konnte kein anderer sein als jener, der zugleich die Herrschaft über die beiden angrenzenden Kolonien und den Oberbefehl über die Streitkräfte, die das neue Imperium erobert haben, in Händen hält. Marschall Badoglio gebührt diese Ehrung. Dem Generalgouverneur sind die Vollmachten übergeben worden, die es ihm ermöglichen, Abessinien in diesen ersten Augenblicken, in denen unsere Herrschaft dort Tatsache wird, zu regieren, wie es angesichts dieser außergewöhnlichen Situation erforderlich ist, bis die neue Ordnung festgesetzt ist, die dem italienischen Abessinien zu geben das faschistische Italien sich rüstet, so daß an die Stelle der barbarischen Unordnung die faschistische Ordnung mit ihrem organischen Aufbauwerk tritt."

Nachdem sich ein parlamentarischer Ausschuß mit der Prüfung des zweiten Dekrets beschäftigt hatte, wurden die beiden Gesetzesvorlagen von der Kammer einstimmig angenommen. Damit fand die Sitzung des Hauses kurz vor 5 Uhr nachmittags ihren Abschluß.

Chiles Initiative in der Sanktionsfrage erfolgreich.

Genf, 14. Mai. Der Vorsitzende der Sanktionskonferenz hat auf das Schreiben des chilenischen Vertreters, worin die Aufhebung der Sanktionen angeregt wurde, geantwortet, daß er dieses Schreiben dem Dreizehner-Ausschuß bei seiner nächsten Tagung unterbreiten werde, damit es von den darin vertretenen Regierungen erörtert werden könne. Nachdem der Rat in seiner Entschließung vom 12. Mai sich dahin ausgesprochen habe, daß die von den Völkerbundsmitgliedern vereinbarungsgemäß getroffenen Maßnahmen bis zur nächsten Ratstagung nicht geändert werden sollen, sei es angezeigt, auch die Tagung des Achtzehner Ausschusses bis dahin zu verschieben.

Die chilenische Initiative hat demnach immerhin bewirkt, daß die Aufhebung der Sanktionen nunmehr offiziell auf der Tagesordnung des Achtzehner Ausschusses steht.

Auch Argentinien, Ekuador und Uruguay gegen Sanktionen.

Buenos Aires, 14. Mai. Das Beispiel Chiles hat zu einem Meinungsaustausch zwischen den Regierungen Argentiniens, Ekuadors und Uruguays über einen Antrag geführt, die Sanktionen gegen Italien aufzuheben. Unter Hinweis auf die Artikel 4 und 5 der Völkerbundssatzung soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Besitznahme Abessiniens durch Italien die Lage grundlegend verändert habe.

Berichtigung.

In der Meldung „England zur österreichischen Regierungsbildung" (Ausgabe Nr. 631) muß die 4. Zeile richtig heißen: „veröffentlichen die Berichte über die Ereignisse in Oesterreich in großer Aufmachung".

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.